



Interviews

Datum: 22. Dezember 2023

Roderich Kiesewetter, (CDU), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Während sich viele Menschen hierzulande auf Weihnachten freuen, ist jeder 24. Eines Monats für Ukrainerinnen und Ukrainer ein schreckliches Datum, denn an einem 24. Vor bald 22 Monaten begann Russland den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine – mit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Internationale Strafgerichtshof hat längst einen Haftbefehl gegen den russischen Machthaber Putin ausgestellt.

Nach militärischen Erfolgen der Ukraine und einem Aufstand der Wagner-Bande schien Putins Regime zu wanken. Gegenwärtig sind die Aussichten für einen erfolgreichen Freiheitskampf der Ukraine gegen den russischen Überfall getrübt. Militärisch droht ein Stellungskrieg, Soldaten sind erschöpft; deshalb möchte die Armeeführung jetzt für den Krieg gegen Russland 450 bis 500.000 Ukrainer mobilisieren – auch im Ausland und damit auch in Deutschland.

Die Republikaner im US-Senat blockieren weiterhin rund 56 Milliarden Euro Militärhilfe und währenddessen setzt Russland den Drohnenkrieg gegen Zivilisten fort.

Am Telefon ist Roderich Kiesewetter (CDU), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Aalen-Heidenheim in Baden-Württemberg und Oberst a.D. der Bundeswehr. Guten Morgen.

Roderich Kiesewetter: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Kiesewetter, wie bewerten Sie die gegenwärtige Lage?

Kiesewetter: Ich möchte sie kurz militärisch und politisch einordnen. Militärisch sind wir vor einer operativen Pause mit wieder einem furchtbaren Stellungskrieg und einer Intensivierung der Angriffe gegen die zivile Infrastruktur – ein Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Politisch sehen wir zunehmend Uneinigkeit innerhalb der Ukraine, aber insbesondere in der Europäischen Union durch die Lähmung Ungarns und die große politische Lage, eine sehr schwierige Allianz mit extrem guter Lastenteilung zwischen China, Russland, Iran und Nordkorea. Wir sehen das an den Huthi-Angriffen, die aus Iran gesteuert werden. Der Iran unterstützt massiv Russland und wird umgekehrt in seiner Raketentechnologie von Russland unterstützt, und damit sehen wir, dass die westliche Aufmerksamkeit abgelenkt werden soll vom Kriegsschauplatz gegen die Ukraine auf den Nahen und Mittleren Osten, gleichwohl die Angriffe Russlands sehr stark weitergehen gegen die zivile Infrastruktur.

Heinemann: Hat sich das Blatt zu Gunsten Russlands gewendet?

Kiesewetter: Das glaube ich nicht, weil Russland auf Kriegswirtschaft umstellen musste und die Bevölkerung ziemlich unter den Sanktionen leidet. Allerdings kurzfristig ja, weil sie psychologische Erfolge haben und weil Putin ungehindert seine Bedrohung gegen Moldau, gegen Lettland erst in letzter Woche, die baltischen Staaten fortsetzt und die Uneinigkeit in der Europäischen Union ausnutzt. Deshalb muss von unserer Seite mehr getan werden. Wir müssen der Rüstungsindustrie mehr Spielräume geben, 24/7 und auch 365 Tage im Jahr. Dazu braucht sie entsprechende Garantien und Aufträge, was nicht stattfindet. Und das westliche Kriegsziel, dass die Ukraine nicht verlieren und Russland nicht gewinnen darf, muss eindeutig geändert werden, ähnlich wie es die Außenministerin oder der Verteidigungsminister sagt, dass die Ukraine in ihren Grenzen von '91 gewinnen muss, und das bedarf deutlich mehr Unterstützung deshalb.

Heinemann: Herr Kiesewetter, die russische Wirtschaft erscheint zumindest auf dem Papier ziemlich stabil. Zuletzt gab es sogar ein leichtes Wachstum. Inwiefern wirken die westlichen Sanktionen?

Kiesewetter: Russland muss sich aus sehr begrenzten Märkten Chips besorgen. Hier hilft insbesondere China über Hongkong. Hier helfen auch einige Staaten wie Kirgistan, Kasachstan, auch die Türkei spielt hier eine gewisse Rolle. Allerdings ist auch Deutschland einer der Verhinderer verschärfter Sanktionen, weil wir ausschließlich Kriegsgüter sanktionieren und weil die Bundesrepublik Deutschland eher Firmen sanktioniert und nicht Staaten und damit Dual Use Güter, Waschmaschinen und Ähnliches, durchgehen. Es ist nicht immer nur Ungarn der Beelzebub, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland tut weniger. Letzte oder vorletzte Woche hat „Monitor“ das sehr gut aufgearbeitet.

Heinemann: Russland gibt rund zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes inzwischen für die Rüstung aus. Fachleute rechnen damit, dass das Land für 2024, vielleicht auch 2025 über ausreichend finanzielle Rücklagen verfügt für den Angriffskrieg. Wie kann der Westen dauerhaft mithalten?

Kiesewetter: Zunächst müssen wir politisch begreifen, dass Putin Ukraine nur als Zwischenschritt sieht und in einem weiteren tatsächlich die ehemaligen Sowjetrepubliken Moldau, die in die EU wollen, beziehungsweise die baltischen Staaten, Estland, Lettland, Litauen, in das

russische Staatsgebiet einverleiben will. Das sind ganz klar erklärte Kriegsziele und er bereitet sich so vor, dass er in den nächsten Jahren, sollte es zu einem Waffenstillstand kommen, den Krieg nach kurzer Erholung fortsetzen kann.

Die deutsche Antwort darauf ist das, was der Verteidigungsminister mit Kriegstüchtigkeit beantwortet hat. Das ist Opposition gegen das Kanzleramt, weil die Bundeswehr nicht die ausreichenden Mittel bekommt, um überhaupt verteidigungsfähig zu werden. Unserer Bevölkerung muss vor Weihnachten reiner Wein eingeschenkt werden, dass wir vor weiteren Eskalationen stehen und Russland nicht davor zurückschreckt, den Krieg auszuweiten. Deshalb müssen wir der Ukraine Taurus liefern, damit das Schwierige, was für Putin das Wesentliche ist, die Krim befreit werden kann, die russischen Versorgungslinien auf die Krim zerstört werden. Die Ukraine hat es bereits geschafft, dass die Schwarzmeer-Flotte sich von Teilen der Krim zurückziehen musste, dass Öllager zerstört wurden, aber sie selbst leidet unter Zerstörung von Getreidelagern und vielem mehr. Es geht darum, die russischen Versorgungslinien abzuschneiden, damit nicht mehr die ukrainische Zivilbevölkerung terrorisiert wird. Es ist ein Krieg gegen die ukrainische Zivilbevölkerung und an der Front ist es ein eingefrorener Krieg.

Heinemann: Glauben Sie tatsächlich, dass die Ukraine militärisch in der Lage ist, die Krim zum Beispiel zu befreien?

Kiesewetter: Das liegt an uns. Wenn der Kanzler weiterhin sich weigert, auf die Bitten der Außenministerin und des Verteidigungsministers einzugehen und auch des Bundestages, und dass die Regierungs-Koalitionsfraktionen schlichtweg es ablehnen, unseren Taurus- und Ukraine-Antrag zu behandeln – der muss jetzt noch achtmal abgesetzt werden von der Tagesordnung, bevor wir ihn wieder debattieren können –, ist in der Bundesrepublik nicht die Bereitschaft zu erkennen, dass die Ukraine mehr bekommen soll, und das ist das Bittere, denn die Bundesrepublik hat sich als Führungsnation bezeichnet, aber koordiniert nicht die weitere Unterstützung für die Ukraine. Im Gegenteil: Es wird behauptet, wir seien die zweitstärksten Unterstützer. Je mehr Flüchtlinge kommen, desto stärker werden wir als Unterstützer, weil zwei Drittel unserer Unterstützungsleistungen Bürgergeld beziehungsweise Hartz IV für ukrainische Flüchtlinge in Deutschland ist.

Heinemann: Apropos Flüchtlinge in Deutschland. Wie sollte die Bundesregierung jetzt auf die Ankündigung aus Kiew reagieren, die im Ausland lebende Männer mobilisieren möchte?

Kiesewetter: Sabine Adler hat das ja heute Früh sehr gut dargestellt: in Deutschland etwa 200.000 wehrfähige Männer, in der Europäischen Union etwa 600.000. In Deutschland könnte man mit der Ukraine ein Regierungsabkommen machen, dass diesen Männern angeboten wird, beispielsweise im Zivilschutz, im Heimatschutz zu arbeiten, wenn sie nicht an die

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Front wollen. Aber wir müssen hier auch an ihr Gewissen appellieren. Wenn in der Ukraine – ich habe selbst mit solchen Frauen gesprochen – ihre Männer 10, 12, 14 Monate an der Front sind und sie nicht einmal Chancen auf Heimaturlaub haben, dann ermüden die ganzen, dann gibt es erhebliche Traumatisierungen, und es wäre sehr hilfreich, wenn es ein Regierungsabkommen gäbe, dass diesen jungen Männern oder auch Männern im älteren Alter die Rückkehr ermöglicht wird, ohne dass sie an die Front gehen, wenn sie nicht wollen, und zweitens, dass wir hier das Bürgergeld für wehrfähige Männer schlichtweg kürzen.

Heinemann: Niemand wird gegen seinen Willen gezwungen?

Kiesewetter: Es ist so, dass das Kriegsdienst-Verweigerungsrecht nur für Deutsche gilt, und es geht auch nicht darum, jemanden abzuschieben. Aber es geht darum, an diese jungen Männer zu appellieren, dass sie Hunderttausenden nicht den Besuch ihrer Familien ermöglichen, dass Hunderttausende Gefahr laufen, aufgrund des Dauerstresses extrem krank zu werden, oder durch Fehler auch zu fallen, und hier sich junge Männer oder wehrfähige Männer der Unterstützung ihrer Heimat entziehen. Das können wir nicht gutheißen und deshalb gilt es, das schon auf Regierungsebene anzusprechen und hier innenpolitisch dafür zu werben, dass diese jungen Männer im Heimatschutz eingesetzt werden, beispielsweise aber auch bei den Feuerwehren und im Zivilschutz.

Heinemann: Herr Kiesewetter, wenn all das nicht funktioniert, mit welcher Entwicklung rechnen Sie, wenn man den Krieg beim gegenwärtigen Zustand einfrieren würde?

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.